

Diem, Andrea; Wolter, Stefan C.

Wer hat Angst vor Schulwahl?

Aarau : SKBF 2011, 22 S. - (SKBF Staff Paper; 3)

urn:nbn:de:0111-opus-51504

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.skbf-csre.ch>

Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de



Wer hat Angst vor Schulwahl?

Andrea Diem und Stefan C. Wolter

SKBF Staff Paper 3



Schweizerische Koordinationsstelle
für Bildungsforschung

Centre suisse de coordination pour
la recherche en éducation

Centro svizzero di coordinamento
della ricerca educativa

Swiss Coordination Centre for
Research in Education

Zusammenfassung

Diese Untersuchung prüft anhand von Befragungsdaten die Einstellung der Schweizer Wahlbevölkerung zu verschiedenen Formen freier Schulwahl. Die Befunde zeigen, dass eine Finanzierung der privaten Schulen mit öffentlichen Geldern klar abgelehnt wird, während eine freie Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen mehrheitsfähig sein dürfte. Die Analysen zeigen, dass die Heterogenität der Befürwortung oder Ablehnung mehrheitlich einem erklärbaren rationalen Nutzenkalkül folgt. Personen(-gruppen), die sich eher einen Vorteil durch mehr Schulwahl versprechen, wie Eltern mit schulpflichtigen Kindern, in Städten oder Grossagglomerationen lebende Personen sowie solche mit tiefem Einkommen, haben signifikant höhere Zustimmungsraten. Personen aus kleinen/mittleren Gemeinden, mit hohem Einkommen oder mit einer Lehrerausbildung sind dagegen ablehnend. Die Analysen zeigen auch sprachregionale Unterschiede, welche mit einem kulturell anders bedingten Staatsverständnis erklärt werden können.

Stichworte: Schulwahl, Wählerbefragung, Privatschulen, Bildungsgutscheine

Wer hat Angst vor Schulwahl?

Andrea Diem* und Stefan Wolter**

SKBF Staff Paper 3

* Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), Aarau

** Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), Aarau, und Universität Bern, CESifo und IZA

Kommunizierender Autor: Stefan C. Wolter (stefan.wolter@wvi.unibe.ch)

1. Einleitung¹

Die freie Schulwahl und somit auch der Wettbewerb zwischen Bildungsinstitutionen ist in der Schweiz aus zweierlei Gründen ein interessantes Thema. Auf der einen Seite gehört die Schweiz erstens zu den OECD-Ländern mit einem äusserst geringen Anteil an Privatschulen (er beträgt lediglich rund 4%, während der OECD-Durchschnitt bei 11% liegt; OECD, 2010), und zweitens gibt es praktisch keine Wahlmöglichkeiten zwischen öffentlichen Schulen, da die Schulortzuteilung durch den Wohnort bestimmt wird. Auf der anderen Seite ist die freie Schulwahl aber ein ständiger Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, welche sich regelmässig in kantonalen Volksinitiativen zeigen. So haben sich die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen, wenn auch regional unterschiedlich häufig, doch ab und zu politisch zu Änderungsvorschlägen zu äussern, die Schulwahlmöglichkeiten betreffen.

Die vorliegende Untersuchung ist durch drei Fragestellungen motiviert: Erstens können Schulwahlmöglichkeiten für Eltern auf unterschiedliche Weise gestaltet werden, und es ist nicht klar, ob jede Form der Ausgestaltung von Wahlmöglichkeiten von Wählern gleicherweise gewünscht oder abgelehnt würde (vgl. Bearse et al., 2009). Wahlmöglichkeiten können entstehen a) durch die Schaffung von Privatschulen (gewisse Schweizer Kantone kannten bis ins 20. Jahrhundert hinein ein Privatschulverbot), b) durch staatliche Subventionierung oder Finanzierung von Privatschulen für alle oder auch nur für finanzschwache Personengruppen (sogenannte selektive oder einkommensabhängige Bildungsgutscheine) oder c) durch die Möglichkeit, frei unter den öffentlichen Schulen auswählen zu dürfen. Da reale politische Vorstösse häufig nur ein einziges Modell zur Abstimmung bringen, ist es selbst aufgrund der schon erfolgten Äusserungen des Wählerwillens schwierig zu beurteilen, ob alle Formen der Erweiterung von Wahlmöglichkeiten gleichermaßen beurteilt würden. Da keine entsprechenden Vorlagen schweizweit je zur Abstimmung gelangt sind, können wir keine Ex-post Wählerbefragung durchführen.² Wir wählen für diese Untersuchung deshalb das Mittel einer Wählerbefragung zu hypothetischen politischen Vorstössen, die uns ermöglichen, zumindest zwei sehr unterschiedliche Modelle, staatliche Finanzierung von Privatschulen und freie Wahl unter öffentlichen Schulen, miteinander zu vergleichen. Bei der Analyse des Wählerwillens zu hypothetischen Vorlagen folgen wir in- und ausländischen Vorbildern zu ähnlichen oder ähnlich gelagerten Fragestellungen (vgl. Sandy, 1992; Belfield, 2003; Brunner & Sonstelie, 2003).

Zweitens gilt das Augenmerk dieser Untersuchung der Analyse der Heterogenitäten bei der Zustimmung und Ablehnung der beiden Modelle. Selbst bei grosser Ablehnung oder Zustimmung ist anzunehmen, dass nicht alle Personen und Personengruppen die gleichen Präferenzen äussern. Es ist deshalb interessant herauszufinden, ob es sich bei den Unterschieden um rein individuell unterschiedliche Präferenzen handelt oder ob gewisse Charakteristiken Präferenzunterschiede zu erklären vermögen. Zwar existiert für die Schweiz schon eine Analyse von zwei Volksabstimmungen zur Schulwahl von Merzyn und Ursprung (2005), in der unterschiedliche Zustimmungsquoten in den einzelnen Gemeinden zu zwei verschiedenen kantonalen Vorlagen durch unterschiedliche soziodemographische Zusammensetzungen und politische Ausrichtung der Gemeinden zu erklären gesucht wird. Solche Untersuchungen unterliegen aber dem potentiellen Risiko des ökologischen Fehlschlusses, weshalb unsere Analyse auf Individualdaten beruht.

Drittens ist es interessant, unsere Studienergebnisse mit ausländischen Studien zu ähnlichen oder gleichen Sachverhalten zu vergleichen, da nicht angenommen werden kann, dass soziodemographische Unterschiede in den Präferenzen sich in allen Ländern gleich äussern. Gründe hierfür sind in den unterschiedlichen bildungskulturellen Traditionen, der stark unterschiedlichen Verbreitung von Privatschulen, aber auch der unterschiedlichen relativen Qualität zwischen öffentlichen und privaten Schulen zu vermuten.

¹ Die Autoren danken Maria A. Cattaneo für die Unterstützung bei der Generierung der Daten.

² Bonoli & Häusermann (2009) analysieren bspw. Schweizer Volksabstimmungsergebnisse anhand der VOX-Daten (die VOX-Analysen sind Befragungen, die nach jeder Volksabstimmung durchgeführt werden), und Catterall & Chapleau (2003) untersuchen in einer Exit-Poll-Befragung die Hauptgründe für beziehungsweise gegen die Einführung von Bildungsgutscheinen in den USA.

Die Untersuchung verwendet Daten, welche vom Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Forschungsstelle für Bildungsökonomie der Universität Bern im Jahr 2007 erhoben wurden. Die Grundgesamtheit der befragten Personen bilden die stimmberechtigten Personen der Schweiz im Alter von mindestens 25 Jahren. Die Befragung ermittelte Antworten zu verschiedenen bildungspolitischen Themen³ und erhob auch detaillierte soziodemographische Angaben zu den Befragten, die es ermöglichen, unsere Hypothesen zu testen.

Der Aufsatz ist wie folgt gegliedert: Kapitel 2 gibt einen Überblick über die Schulwahl und die aktuelle Schulwahldiskussion in der Schweiz. Kapitel 3 legt die Forschungshypothesen dar. Kapitel 4 beschreibt die Datenerhebung und die Datenbasis. Kapitel 5 stellt die empirischen Ergebnisse dar und das abschliessende Kapitel die Schlussfolgerungen, die wir aus diesen Ergebnissen ziehen.

2. Eine Bestandesaufnahme der Schulwahl und der Schulwahldiskussion in der Schweiz

In der Schweiz liegt die Bildungshoheit bei den Kantonen. Diese formulieren unter anderem die Curricula der öffentlichen Schulen, regeln die zu verwendenden Lehrmittel, die Zuweisungspraxis der Schülerinnen und Schüler in die öffentlichen Schulen, die Errichtung von Privatschulen, und sie entscheiden über eine allfällige Unterstützung der privaten Schulen durch die öffentliche Hand.

Die heutigen Gesetzgebungen sind so ausgestaltet, dass die öffentlichen Schulen vollständig durch den Staat finanziert werden und die Schülerinnen und Schüler der obligatorischen Schulzeit den Schulen nach strikten Zuweisungsregeln zugeteilt werden: Die Kinder müssen diejenige Schule besuchen, welche in ihrem Einzugsgebiet liegt. Diese Praxis führt dazu, dass eine sozial-räumliche Entmischung entsteht, welche sich auf die schulische Segregation niederschlägt (vgl. Coradi Vellacott, 2007): Privilegierte Personen suchen sich eine attraktive, wohlhabende Wohngegend aus, von der sie eine hohe Schulqualität («gute» Peers, gute Lehrpersonen, gute Infrastruktur usw.) erwarten. Da in diesen Gegenden die Miet- und Bodenpreise höher sind, können sich schlechter gestellte Personen kaum in solchen Quartieren niederlassen (Schmidheiny, 2006).

Im Gegensatz zu den öffentlichen Schulen müssen die privaten Schulen meist vollumfänglich durch die Eltern finanziert werden. In einigen wenigen Kantonen (BL, JU, LU, ZG, BE) werden allerdings gewisse Beiträge an Eltern entrichtet, welche ihr Kind an eine Privatschule schicken. Genaue Zahlen über die Kosten für einen Privatschulbesuch existieren nicht; als Annäherung für die anfallenden Schulgebühren können jedoch die Ausgaben der öffentlichen Hand herangezogen werden, da angenommen werden kann, dass die Kosten einer Privatschule in der Schweiz nicht unter diesen Kosten liegen dürften. Diese Kosten betragen auf der Sekundarstufe I durchschnittlich rund 16'100 CHF pro Jahr und Kind (Bundesamt für Statistik [BFS], 2010), was rund einem Fünftel des jährlich verfügbaren durchschnittlichen Haushaltseinkommens entsprechen würde.

Die Grösse des Privatschulsektors auf der obligatorischen Schulstufe variiert stark zwischen den verschiedenen Kantonen. In acht Kantonen (AI, GL, NW, UR, JU, VD, FR, AG) beträgt der Anteil Schüler, welche ein privates Schulangebot besuchen, weniger als 1 Prozent. In weiteren zwölf Kantonen liegt der entsprechende Anteil zwischen 1 und 4 Prozent (LU, SZ, NE, SO, BE, SH, GR, OW, TG, BL, SG, ZG). In den Kantonen AR, VS, ZH und TI liegt der Anteil mit rund 4 bis 6 Prozent leicht über dem schweizerischen Durchschnitt. Einen vergleichsweise hohen Privatschulanteil weisen die Kantone Basel-Stadt (10%) und Genf (16%) auf.

3 Schon publizierte Ergebnisse zu anderen bildungspolitischen Fragen aus demselben Datensatz finden sich in Cattaneo und Wolter (2009) und Busemeyer et al. (2011).

Die Schweizer Privatschullandschaft wird dominiert durch Konfessionsschulen (v.a. katholische Schulen), reformpädagogische Schulen (Rudolf-Steiner-Schulen, Montessori-Schulen u.a.) sowie internationale Schulen. Die genauen Anteile der verschiedenen «Schulen» sind gesamtschweizerisch nicht bekannt. Es lässt sich jedoch festhalten, dass die Privatschullandschaft ziemlich heterogen ist. Während in den Konfessionsschulen die Vermittlung von religiösen Grundwerten von wesentlicher Bedeutung ist, zeichnen sich die reformpädagogischen Schulen durch eine von der öffentlichen Schule abweichenden Methodik/Didaktik aus sowie teilweise anderen inhaltlichen Schwerpunkten. Die internationalen Schulen sind durch ihr internationales Curriculum charakterisiert und insbesondere für die ausländischen Arbeitskräfte der globalisierten Welt konzipiert. Im Gegensatz zu den Konfessionsschulen und den reformpädagogischen Schulen zeichnen sich die internationalen Schulen tendenziell durch eine stärkere Leistungsförderung aus.

In den letzten zwölf Jahren kamen in der Schweiz in vier Kantonen Volksinitiativen zur freien Schulwahl zur Abstimmung. Das neue Mittelschulgesetz im Kanton Zürich (1999), welches die Wahlfreiheit zwischen den staatlichen Mittelschulen sowie die Möglichkeit der Unterstützung der Privatschulen durch den Staat verlangte, wurde mit 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die drei anderen Vorlagen, die sich ausschliesslich auf die Privatschulwahl konzentrierten, wurden hingegen deutlich verworfen. Die Vorlage im Kanton Tessin (2001), welche einkommensabhängige Bildungsgutscheine in der Höhe von 2'400 bis 6'000 CHF forderte, wurde mit einer Dreiviertels-Mehrheit (74.1%) verworfen. Auf eine ebenso grosse Ablehnung stiess der Gegenvorschlag, welcher die Beiträge auf die obligatorische Schulzeit beschränken wollte (72.3%). Die Initiativen im Kanton Basel-Landschaft (2008) beziehungsweise im Kanton Thurgau (2010), welche verlangten, dass die Privatschulen zu Durchschnittspreisen der staatlichen Schulen unterstützt werden sollten, wurden mit 79.2 bzw. 83.2 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Angenommen wurde hingegen der Gegenvorschlag (56.9% Ja-Stimmen, Kanton Basel-Landschaft), der eine Erhöhung der ausgerichteten Beiträge an die Kosten des Privatschulbesuchs während der Schulpflicht von bisher 2'000 CHF auf neu 2'500 CHF verlangte. Die Forderung nach einer freien Schulwahl wird auch in vielen anderen Kantonen laut. Und aktuell wurde auch in einer Abstimmung im Kanton St. Gallen (2011) eine Initiative für die freie Schulwahl (inkl. Privatschulen) mit 82,5% abgelehnt.

3. Freie Schulwahl: Forschungshypothesen

Spannungsfeld von Effizienz und Equity

Die freie Schulwahl ist seit der Einführung öffentlicher Schulen und des damit einhergehenden Schulobligatoriums im neunzehnten Jahrhundert ein Politikum. Während die ersten Auseinandersetzungen vor allem den weltanschaulichen Streit zwischen öffentlich-laizistischen und privat-konfessionellen Schulen betrafen, kamen im 20. Jahrhundert neben der Religion weitere ideologische Facetten und Unterscheidungen hinzu und nach dem 2. Weltkrieg auch die Überlegung, dass die Einführung von Marktelementen in einen öffentlichen Sektor mit Effektivitäts- (Schulqualität) und Effizienzgewinnen (Bildungskosten) verbunden sein könnte (siehe Wolter, 2001). Den erhofften Vorteilen eines pluralistisch gestalteten Bildungswesens mit unterschiedlichen Anbietern und Wahlfreiheit für die Bildungsnachfrager, also dem Nutzenzuwachs durch die Wahlfreiheit und den durch den Wettbewerb hervorgebrachten Effektivitäts- und Effizienzsteigerungen, stehen auf der anderen Seite Befürchtungen entgegen, dass Wettbewerb und Wahlfreiheit zu Beeinträchtigungen der Chancengerechtigkeit sowie der sozialen Kohäsion führen könnten (siehe bspw. Levin, 2002). Ziel der vorliegenden Studie ist weder eine Zusammenfassung der Argumente für oder wider eine freie Schulwahl noch eine Neu Beurteilung der mittlerweile zahlreichen empirischen Studien dazu vorzunehmen, sondern vielmehr den Fragen nachzugehen, wie die politische Zustimmung und Ablehnung zu freier Schulwahl zu erklären sind.

Forschungshypothesen

In dieser Studie bilden wir unsere Forschungshypothesen auf den Annahmen des Ansatzes des Rational Choice auf, d.h. der Annahme, dass sich die Individuen auch in ihren politischen Präferenzen vornehmlich (zweck-)rational und somit nutzenmaximierend verhalten. Bei der Fällung von Entscheidungen werden die (erwarteten) Kosten und Nutzen von verschiedenen Alternativen gegeneinander abgewogen und schliesslich diejenige Handlungsalternative mit dem höchsten individuellen Nutzenniveau gewählt. Die Wahl dieses Ansatzes ist durch den Umstand gestützt, dass andere Analysen des Abstimmungsverhaltens durchaus zeigen, dass sich Stimmbürger nutzenmaximierend verhalten (Bonoli & Häusermann, 2009; Tedin et al., 2001) und auch bei Umfrageergebnissen zu Präferenzen zu wettbewerbsorientierten Bildungsreformen (Belfield, 2003) ähnliche Hypothesen bestätigt wurden.

Für die Analysen der Präferenzen werden wir in unserer Untersuchung zwei Formen einer grösseren Schulwahl unterscheiden: Erstens die Forderung nach einer staatlichen Unterstützung der privaten Schulen mit öffentlichen Mitteln (im Folgenden auch als «freie Privatschulwahl» bezeichnet), und zweitens die Forderung nach einer Wahlmöglichkeit zwischen öffentlichen Schulen (im Folgenden auch verkürzt als «freie Volksschulwahl»⁴ bezeichnet).

Beim Vergleich zwischen den beiden Schulwahl-Optionen ist zu erwarten, dass die Befürwortung der Volksschulwahl grösser ist als diejenige der Privatschulwahl: Denn während die erste Reform-Massnahme kostenneutral ist, führt die Einführung der Privatschulwahl dazu, dass die Schulgebühren, welche heute von den Nutzern der Privatschulangebote selbst finanziert werden, neu durch die Steuerzahler finanziert werden müssen. Gesamtgesellschaftlich dürften die Kosten damit zwar mehr oder weniger konstant bleiben, doch wäre die Mehrheit der Steuerzahler gegenüber der jetzigen Situation mit zusätzlichen Ausgaben konfrontiert, was sich auf deren Nutzen negativ auswirken würde. Da der Privatschulanteil in der Schweiz derzeit sehr klein ist, wäre auch der Anteil der Stimmbürgerinnen und -bürger gering, bei denen der «kleinen» Steuererhöhung eine grosse Einsparung der privaten Bildungsausgaben gegenüberstehen und somit der Gesamtnutzen steigen würde. Dieser Hypothese unterliegt die Vermutung, dass der zurzeit kleine Anteil der Privatschulen nicht damit begründet werden kann, dass grosse Teile der Bevölkerung – insbesondere die Teile mit schulpflichtigen Kindern – das private Angebot zwar bevorzugen würden, jedoch im öffentlichen Schulsystem verbleiben, weil sie sich das private Angebot nicht leisten können.

Privatschulwahl

In der heutigen Situation ohne öffentliche Subventionierung der Privatschulen gestaltet sich die Entscheidungssituation gegenüber der Inanspruchnahme eines privaten Schulangebots folgendermassen: Der zusätzliche Nutzen eines privaten Schulangebots gegenüber dem öffentlichen Schulangebot muss grösser sein als die zusätzlichen individuellen Kosten (Schulgebühren) des Privatschulbesuchs, damit sich ein Individuum für ein Privatschulangebot entscheidet. In einer Situation mit öffentlich finanzierter Privatschulwahl würden somit all jene zu Privatschulen wechseln, bei denen der Nutzen des Privatschulbesuchs grösser ist als jener des Besuchs einer öffentlichen Schule.

Die meisten existierenden theoretischen und empirischen Studien analysieren als wichtigen Prädiktor den Einfluss des verfügbaren Haushaltseinkommens auf die Präferenz für oder gegen mehr Schulwahl. Die Ergebnisse sind jedoch sehr gemischt. Der in früheren theoretischen Studien (vgl. z.B. Epple & Romano, 1998) postulierte positive Zusammenhang zwischen Einkommen und Zustimmung zu mehr Schulwahl wird in

4 Hierbei soll angemerkt werden, dass die sprachliche Verkürzung mit einer inhaltlichen Unschärfe behaftet ist: mit dem Begriff «Volksschulwahl» sind im Folgenden die Wahlmöglichkeiten zwischen allen öffentlichen Schulen gemeint, also auch zwischen den Schulen auf nach-obligatorischer Stufe.

einigen empirischen Studien unterstützt, andere Untersuchungen finden das Gegenteil. Britische Umfrageergebnisse (Belfield, 2003) legen nahe, dass Personen mit hohem Einkommen die Privatisierung des Bildungsbereichs stärker favorisieren als Personen mit niedrigerem Einkommen. Resultate einer amerikanischen Exit-Poll-Befragung (Catterall & Chapleau, 2003) lassen darauf schliessen, dass Personen mit tiefem sozio-ökonomischen Status die Einführung von Bildungsgutscheinen eher ablehnen als Personen mit hohem Einkommen. Ebenso zeigte eine japanische Untersuchung (Oshio et al., 2010), dass sich das Einkommen positiv auf die Zustimmung zu mehr Schulwahl auswirkt. Auch in der Studie von Merzyn und Ursprung (2005) hatte die freie Schulwahl in den Gemeinden mit mittleren Einkommen die schwächste Zustimmung. Empirische Unterstützung für einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommen und Unterstützung einer freien Schulwahl findet sich hingegen einerseits in etwas älteren amerikanischen Studien (Lee & Croninger, 1994; Sandy, 1992), sowie bei Brunner und Sonstelie (2003). Hierbei ist allerdings zu bemerken, dass die Studien sich alle nicht nur zeitlich und geographisch stark unterscheiden, sondern meistens auch in der konkreten Fragestellung sowie der Gruppe der Befragten.

Für das Abstimmungsverhalten (in einem statischen Modell) ist entscheidend, dass die staatliche Kostenübernahme des Privatschulbesuchs für alle Bürger zu einer Steuererhöhung führt. Dementsprechend werden sich all jene Bürger gegen das neue Modell «Privatschulwahl» entscheiden, bei denen der Nutzen des öffentlichen Schulbesuchs höher bewertet wird als der eines Privatschulbesuchs sowie auch jene Bürger, bei denen der Nutzenvorteil der Privatschulen kleiner ist als der Nutzenverlust aus der Steuererhöhung. Jene Stimmbürger, welche ihre Kinder derzeit in eine Privatschule senden oder erwarten, dereinst Kinder privat zu beschulen, würden das neue Modell dann vorziehen, wenn die eingesparten Privatschulgebühren höher sind als die aus dem Modellwechsel entstehende höhere Steuerbelastung. In der längeren Frist (dynamisches Modell) ist zu bedenken, dass eine erweiterte Privatschulwahl zu einer stärkeren Durchmischung an den Privatschulen führen könnte, da sich vermehrt auch Personen mit tieferen Einkommen solche leisten könnten. Durch die zu erwartende Veränderung in der Zusammensetzung der Schülerschaft kann es sein, dass Personen die Erweiterung der Schulwahl auch dann ablehnen, wenn sie dadurch monetär profitieren würden, weil sie bereit sind, für den heute begrenzten Zugang zu Privatschulen zu bezahlen, weil sie sich aus der heutigen Zusammensetzung der Schülerschaft an privaten Schulen einen Mehrnutzen versprechen, welcher die Mehrkosten aufwiegt.

Wendet man diese Vorhersagen auf die einzelnen sozioökonomischen Gruppen an, dann leiten wir davon die Hypothese für die Schweiz ab, dass sich eher Bürger aus tieferen Einkommenschichten für die Privatschulwahl entscheiden würden. Mittlere und höhere Einkommenschichten ohne Absichten, ihre Kinder an Privatschulen zu senden, (sowie jene ohne Kinder), befürchten einen Nutzenverlust durch die höhere Steuerlast. Mittlere und höhere Einkommenschichten, welche beabsichtigen, ihre Kinder an eine Privatschule zu senden, befürchten teilweise eine Veränderung in der Zusammensetzung der Schülerschaft, welche ihren Nutzen stärker mindert als der monetäre Vorteil dieser Lösung den Nutzen erhöht.

Bei den anderen soziodemographischen Kriterien erwarten wir, dass Personen ohne Kinder oder mit Kindern, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind, nur dann einer solchen Lösung zustimmen würden, wenn sie die Qualität der öffentlichen Schule für so schlecht einschätzen, dass mit einer Ausdehnung des Privatschulsektors eine Erhöhung des gesamtgesellschaftlichen Nutzens einhergehen würde, der die Steuererhöhungen rechtfertigen würde. Dies ist aufgrund der generellen Einschätzung der Qualität der öffentlichen Schulen in der Schweiz eher nicht anzunehmen.

Weiter kann erwartet werden, dass Personengruppen, welche eher für einen starken Service public eintreten, gegen die Reform stimmen würden. Deshalb ist zu erwarten, dass einerseits sprachkulturelle Unterschiede sichtbar werden (die lateinische Schweiz zeigt bei allen politischen Vorlagen eine stärkere Präferenz für den öffentlichen Sektor als die deutschsprachige Schweiz) und andererseits unterschiedliche politische Präferenzen (links-rechts) zum Tragen kommen.

Freie Wahl zwischen öffentlichen Schulen

Die Entscheidungssituation bei der Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen stellt sich etwas, aber nicht grundlegend anders dar als bei der Privatschulwahl. Bezüglich der Einkommensschichten ist auch hier eher eine Ablehnung durch höhere Einkommensschichten zu erwarten, welche sich heute schon die freie Schulwahl unter öffentlichen Schulen durch einen entsprechenden Wohnortswechsel leisten können. Da Bildungsqualität in der Regel auch mit höheren Miet- und Hauspreisen verbunden ist (siehe bspw. Brasington & Haurin, 2006; Dougherty et al., 2009; Fack & Grenet, 2010; Machin & Salvanes, 2010), sind Personen mit tieferem Einkommen eingeschränkt in ihren Wahlmöglichkeiten. Analog zu den schon erwähnten Argumenten würden Personen mit höheren Einkommen auch deshalb gegen eine erweiterte Wahlmöglichkeit votieren, wenn die stärkere sozioökonomische Durchmischung der Schülerschaft (auch an öffentlichen Schulen) ihren Nutzen schmälert oder sie gar eine Senkung der Bildungsqualität erwarten würden, welche sich negativ auf die Immobilienpreise niederschlagen würde (siehe Brunner & Sonstelie, 2003).

Zudem ist zu erwarten, dass die Zustimmung zur freien Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen dann gering ist, wenn Personen in ländlichen Regionen wohnen, in denen die freie Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen eine Fiktion bleiben würde, da sich die nächste Schule geographisch zu weit weg befindet.

Für beide Vorlagen erwarten wir eine signifikant stärkere Ablehnung durch Lehrpersonen, da diese zu über 95 Prozent in öffentlichen Schulen arbeiten und somit keinem nennenswerten Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Dieses Ergebnis würde sich mit den Resultaten aus der Studie von Sandy (1992) decken.

Bei beiden Vorlagen wäre zu erwarten, dass die Einschätzung der aktuellen Schulqualität im öffentlichen Schulwesen die Zustimmung zu mehr Schulwahl beeinflussen würde und zwar negativ, d.h. je weniger zufrieden die Bürger mit der aktuellen Schulqualität sind, desto eher würden sie den Vorlagen zu mehr Schulwahl zustimmen.

4. Datenerhebung und Datenbasis

Datenerhebung

Die hier ausgewerteten Daten wurden mittels einer Meinungsbefragung des Forschungsinstitutes gfs.bern im Auftrag der Forschungsstelle für Bildungsökonomie der Universität Bern erhoben. Die Befragung fand im Jahr 2007 statt und wurde mit einem webcat-System durchgeführt. Die Grundgesamtheit bildeten die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen der Schweiz im Alter von 25 Jahren und älter. Die Personenauswahl erfolgte durch ein geschichtetes Zufallsverfahren.⁵ Insgesamt wurden 2'025 gültige Interviews realisiert, was einer Ausschöpfungsquote von 28 Prozent entspricht.⁶

5 Es wurde eine Schichtung für die drei Sprachregionen deutschsprachige, französischsprachige und italienischsprachige Schweiz vorgenommen. Sowohl die Auswahl der Haushalte wie auch die Auswahl der Zielperson auf Haushaltsebene erfolgten per Zufallsverfahren. Um ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit zu erreichen, wurde die Zufallsauswahl durch Maximalquoten für das Geschlecht, das Alter (25–39 Jahre, 40–64 Jahre, 65 Jahre und älter), das Bildungsniveau (keine abgeschlossene Ausbildung, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II: Berufsbildung, Sekundarstufe II: Allgemeinbildung, Tertiärstufe: höhere Berufsbildung, Tertiärstufe: Hochschule/Fachhochschule) sowie den Zivilstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) eingeschränkt. Die Ausgangsbasis für die Stichprobenziehung bildete das Telefonregister der Schweiz.

6 Die Bruttostichprobe enthielt 10'233 Ursprungsadressen; nach Abzug der stichprobenneutralen Ausfälle (Fehler in den Ursprungsadressen sowie Probleme mit der Übervertretung) verbleibt eine Nettostichprobe von 7'214 Personen.

In der Befragung wurden die Präferenzen für die freie Schulwahl anhand von zwei Fragen erfasst, was erlaubt, zwei wichtige Dimensionen der freien Schulwahl – die freie Wahl zwischen öffentlichen Schulen und die öffentliche Finanzierung von Privatschulen – differenziert zu analysieren.

Die Fragestellungen lauteten wie folgt:

- Wie stehen Sie zur Forderung, dass Privatschulen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden sollten?
- Wie stehen Sie zur Forderung, dass Eltern eine freie Wahl zwischen öffentlichen Schulen für ihre Kinder haben sollten?

Die Fragestellung zur Privatschulwahl wurde möglichst ähnlich zu existierenden Initiativtexten in laufenden oder vergangenen Volksbegehren gewählt. Gleichzeitig wurde sie aber bezüglich der Höhe der Unterstützung oder der Form der individuellen Unterstützung (bspw. nur selektive, d.h. einkommensabhängige Unterstützung) relativ offen gelassen, um ein möglichst breites Spektrum möglicher Erweiterungen der Wahlmöglichkeiten zwischen privaten und öffentlichen Schulen einzuschliessen. Bei der Frage zur Wahl zwischen den öffentlichen Schulen wurde die Wahl nicht auf einzelne Schulstufen eingeschränkt, wie dies in den realen politischen Vorlagen teilweise gemacht wurde, um auch hier ein grosses Potential vermehrter Wahlmöglichkeiten abzudecken.

Die Fragen konnten jeweils mit «sehr dafür», «eher dafür», «eher dagegen» und «sehr dagegen» beantwortet werden. Anhand der beiden Fragen wurden die zentralen abhängigen Variablen gebildet. Die hier verwendeten binomialen Variablen weisen den Wert 1 auf, wenn die Antwortkategorien «sehr» oder «eher dafür» gewählt wurden.

Deskriptive Ergebnisse

Abbildung 1 zeigt den Anteil der Befragten, welche die freie Schulwahl befürworten beziehungsweise ablehnen. Die freie Wahl zwischen öffentlichen und privaten Schulen, also die Forderung, dass die Privatschulen staatlich unterstützt werden sollen, wird von knapp drei Viertel der Befragten abgelehnt: nur gerade 27 Prozent sprechen sich für die staatliche Unterstützung des privaten Bildungsbereichs aus.⁷ Die Zustimmungsquoten zur Privatschulwahl zeichnen sich durch eine hohe Übereinstimmung mit den bisherigen Abstimmungsresultaten aus, was die Validität dieser Umfrage bestätigt. Im Kanton Tessin wurde eine entsprechende Vorlage (2001) von 26 Prozent, im Kanton Basel-Landschaft (2008) von 21 Prozent der Stimmbürger befürwortet.

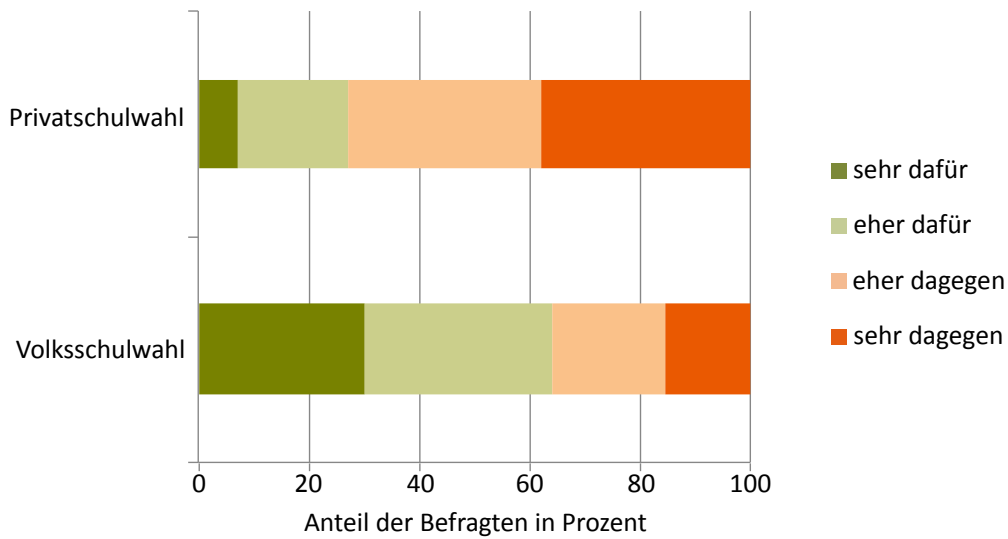
Deutlich anders zeigt sich hingegen die Situation bei der Frage, ob zwischen den öffentlichen Schulen eine freie Schulwahl eingeführt werden soll. Für diese Wahlmöglichkeit spricht sich eine deutliche Mehrheit aus: 64 Prozent stimmen einer solchen Forderung «eher» oder «sehr» zu.⁸

Diese Resultate bestätigen die Vermutung, dass die Stimmbürger eine differenzierte Meinung gegenüber unterschiedlichen Formen der freien Schulwahl haben.

7 Non-Response-Analysen für die beiden hier analysierten Fragen zeigen keine signifikanten Über- oder Untervertretungen für beobachtbare Charakteristiken der befragten Personen.

8 Die geschätzten Zustimmungsquoten könnten gewisse Verzerrungen aufweisen, da in der Realität nicht alle stimmberechtigten Personen die gleiche Wahrscheinlichkeit aufweisen, an Abstimmungen teilzunehmen. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurden ebenfalls gewichtete Zustimmungsquoten berechnet. Die Berechnung der Gewichte erfolgte auf Basis der durchschnittlichen Stimmbeteiligung (VOX-Analysen, 2005–2007) unter Berücksichtigung des Geschlechts, des Alters, der Ausbildung und der Sprachregion. Die für die Selektivität «korrigierten» Zustimmungsquoten weichen jedoch kaum von den ungewichteten ab: Die Ja-Anteile betragen 28% beziehungsweise 64%. Mit anderen Worten bestehen zwischen gewichteten und ungewichteten Antworten praktisch keine Differenzen.

Abbildung 1: Einstellungen zur freien Schulwahl



5. Empirische Berechnungen

Im Folgenden werden drei verschiedene Analysen durchgeführt. Mittels je einer Probitanalyse werden die Zustimmungen (0/1) zu den beiden Fragen der Privatschulwahl und der Volksschulwahl getestet. Mittels eines multinomialen Probits werden dann beide Fragen in eine Analyse einbezogen, wobei getestet wird, welche Personen sich bei beiden Vorlagen ablehnend verhalten, welche beiden Vorlagen zugestimmt hätten und welche nur je einer der beiden Vorlagen zugestimmt hätten.⁹

Öffentliche Finanzierung der Privatschulen (freie Privatschulwahl)

In der Tabelle 1 sind die Regressionsergebnisse zur freien Privatschulwahl abgebildet. Modell 1 zeigt das Basismodell, welches erweitert wird durch Einstellungsvariablen (Modell 2) sowie Merkmalen aus externen Daten (Modell 3).

Die Befunde zeigen, dass das Einkommen einen bedeutenden Einfluss auf die Schulwahlpräferenzen hat. Personen mit hohen und mittleren Haushaltseinkommen sprechen sich seltener für die Privatschulwahl aus als Personen mit geringen finanziellen Ressourcen.¹⁰ Zweckerationales Verhalten zeigt sich auch in Bezug

⁹ Bei der Darstellung der empirischen Ergebnisse verzichten wir darauf, eine Reihe von unabhängigen Variablen in den Modellen zu zeigen, welche sich in keiner Spezifikation als signifikant erwiesen haben. Dazu gehört eher überraschend die subjektive Einschätzung der aktuellen Schulqualität. Diese spielt nur in einzelnen Spezifikationen eine Rolle, wenn sie in Interaktion mit dem Familienstatus betrachtet wird. Eltern mit schulpflichtigen Kindern (sowie auch kinderlose Personen) befürworten die freie Volksschulwahl tendenziell stärker, wenn sie unzufrieden mit der öffentlichen Schule sind. Andere Variablen wie die Grösse des Haushaltes (Anzahl Erwachsene und Kinder) oder kantonale Unterschiede in Bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit, die Maturitätsquote und das Volkseinkommen spielen in allen Modellen keine Rolle. Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung im Jahre 1900 (siehe dazu die Hypothese von West & Wössmann, 2010) wirkt sich in einzelnen Modellen negativ auf die Zustimmung zur Volksschulwahl aus. (Die Autoren danken an dieser Stelle Herrn Silvan Müggler für die Aufarbeitung dieser Daten.)

¹⁰ Als Basiskategorie dienen die Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von 3'000–5'000 CHF. Dass nicht die Personengruppe mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 3'000 CHF als Referenzkategorie gewählt wird, ist damit

auf weitere individuelle Charakteristiken. Eltern, welche kein schulpflichtiges Kind (mehr) haben, sind der Privatschulwahl ebenfalls bedeutend negativer eingestellt als Personen mit schulpflichtigen Kindern. Dies kann damit erklärt werden, dass erstere von der Reformmassnahme gar nicht mehr profitieren können, aber eher erwarten, mit Zusatzkosten (höhere Steuern) konfrontiert zu werden. Mit den erwarteten Zusatzkosten bei der Übernahme privater Kosten durch den Staat lässt sich wohl auch erklären, warum man in Kantonen mit einem schon heute eher hohen Privatschulanteil einer solchen Vorlage eher negativ gegenübersteht. Umgekehrt zeigt sich, dass Personen, welche sich bei einer anderen Frage (ob sie bereit wären, einer kantonalen Vorlage zur Erhöhung der Bildungsausgaben zwecks Steigerung der Bildungsqualität zuzustimmen) geneigt zeigten, mehr Geld für Bildung auszugeben, der Vorlage zur Unterstützung der Privatschulen eher positiv gegenüberstehen.

Mit der Qualität des Bildungswesens können die höhere Zustimmung seitens der Hauseigentümer und der Personen in Gemeinden mit einem hohen Ausländeranteil erklärt werden. Erstere erwarten wohl aufgrund von mehr Privatschulen eine Aufwertung ihrer Wohnlage und letztere stimmen der vergrösserten Wahlmöglichkeit zu, weil sie so den öffentlichen Schulen mit einem hohen Ausländeranteil zu entkommen hoffen (ähnliche Ergebnisse und Überlegungen finden sich auch bei Andersen, 2008, und Li, 2009). Die höhere Ablehnung in kleineren Gemeinden kann damit erklärt werden, dass Stimmbürger in diesen Gemeinden keine Verbesserung der Wahlmöglichkeiten in ihrer geographischen Nähe erwarten, die gestiegenen kantonalen Bildungsausgaben allerdings solidarisch mittragen müssten.

Weiter kann beobachtet werden, dass Personen mit Lehrerausbildung eine deutlich stärkere Abneigung gegenüber der Privatschulwahl haben. Die abwehrende Einstellung ist damit zu erklären, dass diese Berufsgruppe sehr direkt von Veränderungen des Schulsystems betroffen ist. Dass Personen, welche im Bildungsbereich arbeiten, Wettbewerb steigernden Reformen eher abgeneigt sind, wurde auch in früheren Studien beobachtet (siehe Sandy, 1992, oder Belfield, 2003).

Schliesslich lässt sich der postulierte sprachregionale Zusammenhang zeigen, welcher sich darin äussert, dass die frankophone Schweiz mit einem anderen Staatsverständnis bezüglich des Service public als die deutschsprachige Schweiz (und hier auch des Tessins) der Vorlage gegenüber sehr negativ eingestellt ist.

Tabelle 1: Für staatliche Unterstützung von Privatschulen

	M1	M2	M3
Frau	0.034 (0.023)	0.031 (0.022)	0.03 (0.022)
25–39 Jahre	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
40–64 Jahre	0.043 (0.025)	0.047 (0.025)	0.047 (0.025)
65+ Jahre	0.079 (0.047)	0.081 (0.046)	0.078 (0.046)
Haushaltseinkommen 3'000–5'000 CHF	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Haushaltseinkommen unter 3'000 CHF	-0.033 (0.037)	-0.031 (0.037)	-0.03 (0.038)
Haushaltseinkommen 5'000–7'000 CHF	-0.075** (0.026)	-0.075** (0.026)	-0.076** (0.026)
Haushaltseinkommen 7'000–9'000 CHF	0.054 (0.039)	-0.057 (0.039)	-0.056 (0.038)

zu begründen, dass es nur sehr wenige Familienhaushalte gibt, welche ein solch tiefes Einkommen aufweisen: Von den Personen mit schulpflichtigen Kindern weisen nur gerade 3,5 Prozent (14 Befragte) ein Haushaltseinkommen von weniger als 3'000 CHF auf. Die Schätzungen für diese Kategorie sind somit mit einer grösseren Unsicherheit behaftet.

Haushaltseinkommen über 9'000 CHF	-0.096** (0.034)	-0.099** (0.034)	-0.098** (0.033)
Tertiärbildung (ohne Lehrerausbildung)	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Lehrerinnen- und Lehrerseminar, PH	-0.132** (0.049)	-0.135** (0.046)	-0.131** (0.046)
Sekundarstufe II	-0.046 (0.030)	-0.045 (0.028)	-0.043 (0.027)
Sekundarstufe I	-0.041 (0.028)	-0.038 (0.028)	-0.039 (0.027)
Kinder, keines in der Schule	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Kinder im schulpflichtigen Alter	0.079** (0.025)	0.075** (0.026)	0.076** (0.027)
Keine Kinder	0.018 (0.028)	0.022 (0.029)	0.02 (0.030)
Hauseigentümer	0.046 (0.025)	0.049* (0.025)	0.048* (0.025)
Grosse Gemeinde	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Ländliche Gemeinde	-0.047 (0.035)	-0.045 (0.036)	-0.051 (0.036)
Kleine/mittlere Gemeinde	-0.032 (0.029)	-0.031 (0.029)	-0.055* (0.024)
Deutschschweiz	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Französische Schweiz	-0.120** (0.024)	-0.122** (0.023)	-0.123** (0.021)
Italienische Schweiz	-0.035 (0.038)	-0.031 (0.039)	-0.013 (0.050)
Politische Linke		Referenzgruppe	Referenzgruppe
Politische Mitte		0.013 (0.026)	0.015 (0.026)
Politische Rechte		0.026 (0.030)	0.032 (0.029)
Für Erhöhung der Bildungsausgaben		0.055* (0.023)	0.057* (0.023)
Ausländeranteil in der Wohngemeinde			0.003* (0.001)
Anteil (nicht subventionierter) Privatschulen			-0.010** (0.003)
Pseudo R ²	0.029	0.031	0.035
Model chi ²	406.191	637.541	1322.005
N	1637	1637	1637

Probit Regression: Marginale Effekte. Robuste Standardfehler in Klammern. Cluster für die Kantone. * p<0.05, ** p<0.01

Keinen Einfluss auf die Zustimmung oder Ablehnung scheint hingegen die politische Überzeugung zu haben, d.h. man kann die Haltung in dieser Frage nicht auf ein klassisches Links-Rechts-Schema von mehr oder weniger Wettbewerb reduzieren.

Freie Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen (Volksschulwahl)

Die Resultate zu den Einflussfaktoren, welche die Präferenzen für eine freie Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen modellieren, sind in Tabelle 2 dargestellt.

Die Befunde zeigen auch hier, dass das Haushaltseinkommen einen negativen Einfluss auf die Befürwortung der freien Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen hat. Personen mit Einkommen über 7'000 CHF sprechen sich eher gegen den Reformvorschlag aus.¹¹ Die theoretischen Erwartungen werden damit gestützt, dass sich die hohen Einkommensschichten Sorgen darüber machen, dass die Volksschulwahl zu einer stärkeren Durchmischung der Schulklassen und damit zu einer Verschlechterung der Bildungsqualität ihrer Quartierschule führt. Bei den benachteiligten Personengruppen mit tiefem Einkommen, die in der heutigen Situation vermehrt qualitativ schlechtere Schulen besuchen müssen, dominiert hingegen der Nutzen, künftig Schulen mit guter Qualität besuchen zu können.

Tabelle 2: Für freie Wahl zwischen öffentlichen Schulen

	M1	M2	M3
Frau	0.119** (0.029)	0.117** (0.028)	0.116** (0.028)
25–39 Jahre	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
40–64 Jahre	-0.062* (0.029)	-0.059* (0.028)	-0.059* (0.028)
65+ Jahre	-0.052 (0.030)	-0.045 (0.030)	-0.047 (0.030)
Haushaltseinkommen 3'000–5'000 CHF	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Haushaltseinkommen unter 3'000 CHF	-0.077 (0.080)	-0.075 (0.079)	-0.074 (0.079)
Haushaltseinkommen 5'000–7'000 CHF	-0.031 (0.034)	-0.028 (0.033)	-0.029 (0.033)
Haushaltseinkommen 7'000–9'000 CHF	-0.059* (0.026)	-0.056* (0.026)	-0.056* (0.026)
Haushaltseinkommen über 9'000 CHF	-0.063* (0.026)	-0.064* (0.025)	-0.064* (0.026)
Tertiärbildung (ohne Lehrerausbildung)	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Lehrerinnen- und Lehrerseminar, PH	-0.206** (0.069)	-0.211** (0.070)	-0.207** (0.072)
Sekundarstufe II	0.013 (0.034)	0.018 (0.034)	0.019 (0.034)
Sekundarstufe I	-0.034 (0.040)	-0.028 (0.040)	-0.029 (0.041)
Kinder, keines in der Schule	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Kinder im schulpflichtigen Alter	0.040 (0.023)	0.037 (0.025)	0.037 (0.025)
Keine Kinder	0.071** (0.027)	0.071** (0.026)	0.070** (0.026)
Hauseigentümer	0.002 (0.025)	0.007 (0.028)	0.007 (0.027)
Grosse Gemeinde	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Ländliche Gemeinde	-0.065** (0.024)	-0.060* (0.024)	-0.059 (0.032)
Kleine/mittlere Gemeinde	-0.071** (0.025)	-0.068** (0.024)	-0.078** (0.028)
Deutschschweiz	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe

11 Dass Personen mit Einkommen von weniger als 3'000 CHF nicht signifikant häufiger für die freie Volksschule votieren als Personen mit zwischen 3'000 und 5'000 CHF, dürfte wiederum auf die geringe Fallzahl von Familien in dieser untersten Einkommensklasse zurückzuführen sein.

Französische Schweiz	-0.033 (0.023)	-0.038 (0.024)	-0.041 (0.024)
Italienische Schweiz	0.142** (0.024)	0.139** (0.023)	0.144** (0.024)
Politische Linke		Referenzgruppe	Referenzgruppe
Politische Mitte		-0.04 (0.035)	-0.039 (0.035)
Politische Rechte		0.000 (0.047)	0.003 (0.048)
Für Erhöhung der Bildungsausgaben		0.045 (0.027)	0.046 (0.027)
Ausländeranteil in der Wohngemeinde			0.002 (0.002)
Anteil (nicht subventionierter) Privatschulen			-0.004 (0.003)
Pseudo R ²	0.030	0.032	0.033
Model chi ²	514.363	1439.711	1771.575
N	1612	1612	1612

Probit Regression: Marginale Effekte. Robuste Standardfehler in Klammern. Cluster für die Kantone. * p<0.05, ** p<0.01

Von wesentlicher Bedeutung für die Schulwahl-Präferenzen erweisen sich auch die strukturellen Bedingungen: In ländlichen sowie kleinen und mittleren Gemeinden ist die Zustimmung deutlich geringer als in grossen Gemeinden. Dieser Befund stützt unsere Erwartungen: Da die Wahlfreiheit zwischen öffentlichen Schulen innerhalb von kleinen Gemeinden nur zu geringfügig mehr Wahloptionen führt, ist damit ein geringerer Nutzensvorteil verbunden als in grossen städtischen Gemeinden, wo auf engem Raum mehrere Schulen bestehen. Dass in grossen Gemeinden die freie Schulwahl eher befürwortet wird, könnte zusätzlich durch den Umstand verstärkt werden, dass hier die Segregation ausgeprägter ist als in kleinen Gemeinden und daher ein grösseres Bedürfnis nach freier Schulwahl besteht.

Wie schon bei der Privatschulwahl zeigt sich auch bei der Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen, dass deren Befürwortung bei Personen mit Lehrerausbildung bedeutend geringer ist als bei Personen mit einer anderen Ausbildung.

Die Personen mit beziehungsweise ohne schulpflichtige Kinder unterscheiden sich nicht bedeutend voneinander, was aufgrund der Kostenneutralität dieser Politik-Entscheidung (im Gegensatz zur Privatschulunterstützung) nicht erstaunt. Hingegen zeigt sich, dass Personen mit nicht-schulpflichtigen Kindern der Schulwahl eher abgeneigt sind als Personen, welche gar keine Kinder haben. Diese Abneigung kann als Konservatismus gegenüber Bildungsreformen interpretiert werden, in dem Sinne, dass Personen, deren Kinder die Schulen schon durchlaufen haben, das System, welches sie gekannt haben, auch für nachkommende Generationen für richtig befinden.

Männer sind der freien Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen stärker abgeneigt als Frauen. Wiederum zeigen sich auch sprachregionale Unterschiede: In der deutsch- und französischsprachigen Schweiz ist die Befürwortung der freien Volksschulwahl deutlich geringer als in der italienischsprachigen Schweiz.

Wie schon bei der Privatschulwahl spielen auch hier politische Einstellungen keine Rolle bei der Erklärung der Präferenzen zu dieser Vorlage.

Multinomiales logistisches Modell: Privatschulwahl versus Volksschulwahl

In der abschliessenden empirischen Analyse kombinieren wir die Antworten zu den zwei Abstimmungsvorlagen und analysieren, welche Faktoren erklären, dass Personen entweder keine der Vorlagen begrüssen oder beide annehmen würden sowie nur einer der Vorlagen zustimmen würden.

Hierfür wird folgendes multinomiale logistische Modell geschätzt. Die Zustimmungswahrscheinlichkeit P_i eines Wählers i wird beschrieben als:

$$P_i(Y_i = j | X_i = x_i) = \frac{\exp(x_i' \beta_j)}{\sum_{r=0}^3 \exp(x_i' \beta_r)} \quad j = 0, \dots, 3$$

Personen, die beide Vorlagen ablehnen würden, bilden hierbei die Referenzgruppe. Die Resultate der multinomialen Regression sind in Tabelle 3 dargestellt und konsolidieren weitgehend die bisherigen Erkenntnisse.

Die Ergebnisse zeigen, dass Personen mit hohem Haushaltseinkommen sich signifikant häufiger gegen jegliche Form von Schulwahl aussprechen als Personen mit geringem Einkommen. Dabei weisen sie keine spezielle Präferenz für eine der beiden Vorlagen auf. Ebenso sprechen sich Personen mit einem Hintergrund als Lehrperson häufiger als andere Personen gegen beide Formen der Schulwahl aus. Ebenso deutlich im «Nein-Lager» ohne Differenzierung zwischen den beiden Vorlagen sind Personen, die in der französischen Schweiz oder in kleinen Gemeinden wohnen. Umgekehrt finden sich Personen (noch) ohne Kinder durchwegs im Reformlager, speziell gegenüber der Referenzgruppe jener Personen, die keine Kinder mehr im schulpflichtigen Alter haben. Frauen sind auch eher im Reformlager als Männer, differenzieren aber zwischen Volksschulwahl (die sie stark befürworten) und Privatschulwahl.

Tabelle 3: Privatschulwahl (PSW) versus Volksschulwahl (VSW)

	nur für PSW	nur für VSW	für beide
Frau	-0.107 (0.204)	0.447** (0.149)	0.543** (0.162)
25–39 Jahre	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
40–64 Jahre	0.614** (0.234)	-0.245 (0.157)	-0.004 (0.165)
65+ Jahre	0.993** (0.260)	-0.199 (0.154)	0.043 (0.203)
Haushaltseinkommen 3'000–5'000 CHF	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Haushaltseinkommen unter 3'000 CHF	-0.411 (0.556)	-0.444 (0.333)	-0.363 (0.283)
Haushaltseinkommen 5'000–7'000 CHF	-0.655* (0.319)	-0.131 (0.178)	-0.407* (0.203)
Haushaltseinkommen 7'000–9'000 CHF	-0.423 (0.480)	-0.253 (0.173)	-0.425* (0.204)
Haushaltseinkommen über 9'000 CHF	-0.638 (0.393)	-0.225 (0.149)	-0.651** (0.165)
Tertiärbildung (ohne Lehrerausbildung)	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Lehrerinnen- und Lehrerseminar, PH	-0.927 (0.779)	-1.001** (0.369)	-1.331** (0.391)
Sekundarstufe II	0.198 (0.268)	0.256 (0.189)	-0.13 (0.154)
Sekundarstufe I	-0.469 (0.360)	-0.134 (0.241)	-0.249 (0.183)
Kinder, keines in der Schule	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe

Kinder im schulpflichtigen Alter	0.614 (0.327)	0.187 (0.143)	0.335* (0.153)
Keine Kinder	0.753* (0.332)	0.451** (0.161)	0.304* (0.147)
Hauseigentümer	0.181 (0.362)	-0.026 (0.141)	0.333* (0.150)
Grosse Gemeinde	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Ländliche Gemeinde	-0.07 (0.312)	-0.176 (0.172)	-0.442 (0.228)
Kleine/mittlere Gemeinde	-0.069 (0.263)	-0.303 (0.159)	-0.521** (0.156)
Deutscheschweiz	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Französische Schweiz	-0.136 (0.297)	0.085 (0.140)	-0.825** (0.163)
Italienische Schweiz	0.71 (0.510)	0.909** (0.158)	0.461 (0.314)
Politische Linke	Referenzgruppe	Referenzgruppe	Referenzgruppe
Politische Mitte	0.486 (0.338)	-0.098 (0.159)	-0.081 (0.199)
Politische Rechte	0.207 (0.338)	-0.002 (0.235)	0.11 (0.203)
Für Erhöhung der Bildungsausgaben	0.401 (0.218)	0.165 (0.131)	0.351 (0.193)
Ausländeranteil in der Wohngemeinde	0.025* (0.012)	0.009 (0.008)	0.017* (0.007)
Anteil (nicht subventionierter) Privatschulen	-0.06 (0.056)	-0.022 (0.020)	-0.056* (0.025)
Konstante	-3.157** (0.602)	0.103 (0.403)	-0.313 (0.391)
Pseudo R ²		0.040	
N		1554	

Multinominale logistische Regression: Cluster für die Kantone. Robuste Standardfehler in * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.
Verteilung (n=1'554): nur für Unterstützung der Privatschulen (n=83; 5%), nur für freie Wahl zwischen öffentlichen Schulen (n=630; 41%), für beides (n=347; 22%), gegen beides (n=494; 32%).

6. Schlussfolgerungen

Auf Basis von Befragungsdaten konnten für die Schweiz erstmals differenzierte Erkenntnisse über die Einstellung der Wahlbevölkerung zu zwei verschiedenen Formen grösserer Schulwahl gewonnen werden. Die Ergebnisse zeigen erstens, dass die Stimmbürger deutlich zwischen verschiedenen Formen von Schulwahl differenzieren. Während sie eine grössere staatliche Unterstützung der Privatschulen (analog von Bildungsgutscheinen), welche eine freiere Wahl zwischen öffentlichen und privaten Schulen ermöglichen sollte, mehrheitlich ablehnen (74%), würde sich eine klare Mehrheit (64%) für eine Wahlfreiheit zwischen öffentlichen Schulen aussprechen.

Die Ergebnisse zeigen zweitens, dass die Individuen ihre Präferenzen entlang einem rationalen individuellen Nutzenkalkül bilden. Wer glaubt, bei mehr Schulwahl mehr Nutzen zu haben, stimmt beiden Vorlagen eher zu et vice versa. So verhalten sich Personen mit hohen Einkommen, für die eine freie Schulwahl schon heute durch Privatschulbesuch oder Wohnortwechsel jederzeit möglich ist, durchgehend ablehnend, während Personen mit tiefen Haushaltseinkommen den Vorlagen positiver gegenüberstehen. Das nutzenmaximierende Verhalten zeigt sich zudem insbesondere auch bezogen auf die Familiensituation (Kinder im schulpflichtigen Alter) oder den Wohnort. Personen, die auf dem Land wohnen und von keiner der Vorlagen

wirklich profitieren dürften, stehen beiden Vorlagen negativer gegenüber. Eine starke Ablehnung zeigt sich auch bei den Direktbetroffenen im Bildungswesen selbst. Personen mit einem Hintergrund als Lehrperson lehnen jede Form von mehr Schulwahl deutlich häufiger ab.

Die Befunde legen drittens nahe, dass die Zustimmung oder Ablehnung zu mehr Schulwahl auch durch historisch-kulturelle Faktoren beeinflusst wird. So zeigen sich markante Unterschiede zwischen den Sprachregionen, welche mit einer unterschiedlichen Bewertung der Rolle des Staates erklärt werden können. Keinen bedeutenden Einfluss auf die Ausprägung der Präferenzen hat hingegen die individuelle politische Überzeugung (Links-Rechts-Schema), der Ausbildungsstand sowie die wahrgenommene Qualität des öffentlichen Bildungswesens.

Es ist zu unterstreichen, dass die Ergebnisse vor dem Hintergrund des aktuellen schweizerischen Bildungswesens zu interpretieren sind, in welchem es zurzeit einen extrem kleinen Anteil von Privatschulen gibt, die Bevölkerung mit der Qualität des öffentlichen Bildungswesens mehrheitlich zufrieden ist, aber in fast allen Kantonen keinerlei Wahlmöglichkeiten zwischen öffentlichen Schulen besteht (zumindest nicht auf der Stufe der obligatorischen Schule). Die empirischen Erkenntnisse können somit nicht direkt auf andere Länder (oder andere zeitliche Perioden) übertragen werden. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Zustimmung zu Schulreformen zwischen verschiedenen Ländern deutlich variiert, da sich ihre Bildungssysteme (öffentliche und private Schulen und die jeweilige relative Stellung zueinander), die sozio-demographische Zusammensetzung der Bevölkerung sowie die kulturellen Präferenzen unterscheiden.

Literaturverzeichnis

- Andersen, S. C. (2008).* Private Schools and the Parents that Choose Them: Empirical Evidence from the Danish School Voucher System (Scandinavian Political Studies 31, 44–68)
- Bearse, P.; Cardak, B. A.; Glomm, G. & Ravikumar, B. (2009).* Why do Education Vouchers Fail? CAEPR Working Paper No. 014-2009
- Belfield, C. R. (2003).* Political Preferences and the Privatization of Education: Evidence from the UK (Education Economics 11, 155–168)
- Bonoli, G. & Häusermann, S. (2009).* Who Wants What from the Welfare State? Socio-structural Cleavages in Distributional Politics: Evidence from Swiss Referendum Votes (European Societies 11, 211–232)
- Brasington, D. & Haurin, D. R. (2006).* Educational Outcomes and House Values: A Test of the value added Approach (Journal of Regional Science 46, 245–268)
- Brunner, E. & Sonstelie, J. (2003).* Homeowners, Property Values, and the Political Economy of the School Voucher (Journal of Urban Economics 54, 239–257)
- Bundesamt für Statistik (BFS) (2010).* Öffentliche Bildungsausgaben 2007. Bildungsstatistik Schweiz. Neuenburg: BFS
- Busemeyer, M. R.; Cattaneo, M. A. & Wolter, S.C. (2011).* Individual Policy Preferences for Vocational versus Academic Education. Micro Level Evidence for the Case of Switzerland (Journal of European Social Policy, forthcoming)
- Cattaneo, M. A. & Wolter, S. C. (2009).* Are the Elderly a Threat to Educational Expenditures? (European Journal of Political Economy 25, 225–236)
- Catterall, J. S. & Chapleau, R. (2003).* Voting on Vouchers: A Socio-political Analysis of California Proposition 38, Fall 2000 (Journal of Education Finance 29, 25–47)
- Coradi Vellacott, M. (2007).* Bildungschancen Jugendlicher in der Schweiz : eine Untersuchung familiärer, schulischer und sozial-räumlicher Einflüsse auf Leistungsunterschiede am Ende der obligatorischen Schulzeit. Zürich: Rüegger
- Dougherty, J.; Harrelson, J.; Maloney, L. et al. (2009).* School Choice in Suburbia: Test Scores, Race, and Housing Markets (American Journal of Education 115, 523–548)

- Epple, D. & Romano, R. E. (1998)*. Competition Between Private and Public Schools, Vouchers, and Peer-Group Effects (*American Economic Review* 88, 33–62)
- Fack, G. & Grenet, J. (2010)*. When Do Better Schools Raise Housing Prices? Evidence from Paris Public and Private Schools (*Journal of Public Economics* 94, 59–77)
- Lee, V. E. & Croninger, R. G. (1994)*. Parental Choice of Schools and Social Stratification in Education: The Paradox of Detroit (*Educational Evaluation and Policy Analysis* 16, 434–457)
- Levin, H. M. (2002)*. A Comprehensive Framework for Evaluating Educational Vouchers (*Educational Evaluation and Policy Analysis* 24, 159–174)
- Li, M. (2009)*. Is there «White Flight» into Private Schools? New Evidence from High School and Beyond (*Economics of Education Review* 28, 382–392)
- Machin, S. & Salvanes, K. G. (2010)*. Valuing School Quality via a School Choice Reform. IZA Discussion Papers No. 4719. Bonn: IZA
- Merzlyn, W. & Ursprung, H. W. (2005)*. Voter Support for Privatizing Education: Evidence on Self-interest and Ideology (*European Journal of Political Economy* 21, 33–58)
- OECD (2010)*. PISA 2009. Results: What Makes a School Successful? Resources, Policies and Practices. Volume IV. Paris: OECD
- Oshio, T.; Sano, S.; Ueno, Y. et al. (2010)*. Evaluations by Parents of Education Reforms: Evidence from a Parent Survey in Japan (*Education Economics* 18, 229–246)
- Sandy, J. (1992)*. Evaluating the Public Support for Educational Vouchers: A Case Study (*Economics of Education Review* 11, 249–256)
- Schmidheiny, K. (2006)*. Income Segregation and Local Progressive Taxation: Empirical Evidence from Switzerland (*Journal of Public Economics* 90, 429–458)
- Tedin, K. L.; Matland, R. E. & Weiher, G. R. (2001)*. Age, Race, Self-Interest, and Financing Public Schools Through Referenda (*The Journal of Politics* 63, 270–294)
- West, M. R. & Wössmann, L. (2010)*. «Every Catholic Child in a Catholic School». Historical Resistance to State Schooling, Contemporary School Competition, and Student Achievement across Countries (*Economic Journal* 120, F229–F255)
- Wolter, S. C. (2001)*. Bildungsfinanzierung zwischen Markt und Staat. Zürich: Rüegger

Anhang

Tabelle I: Deskriptive Beschreibung der Variablen (Häufigkeiten)

Variable	mean	sd
Präferenz für Privatschulwahl	0.27	0.45
Präferenz für freie Schulwahl zwischen öffentlichen Schulen	0.64	0.48
Geschlecht (Frau)	0.50	0.50
<i>Alter</i>		
25–39 Jahre	0.26	0.44
40–64 Jahre	0.49	0.50
65+ Jahre	0.25	0.43
<i>Haushaltseinkommen</i>		
unter 3'000 CHF	0.12	0.33
3'000–5'000 CHF	0.26	0.44
5'000–7'000 CHF	0.27	0.44
7'000–9'000 CHF	0.19	0.40
über 9'000 CHF	0.16	0.37
<i>Ausbildung</i>		
Sekundarstufe I	0.24	0.43
Sekundarstufe II	0.51	0.50
Tertiärstufe (ohne Lehrerausbildung)	0.22	0.41
Lehrerausbildung	0.03	0.18
<i>Kinder</i>		
kein Kind	0.27	0.44
Kind in der Schule	0.24	0.43
Kind nicht in der Schule	0.48	0.50
Hauseigentümer	0.53	0.50
<i>Gemeindegrösse</i>		
ländliche Gemeinde	0.33	0.47
kleine/mittlere Gemeinde	0.34	0.47
grosse Gemeinde	0.33	0.47
<i>Sprachregion</i>		
Deutschschweiz	0.69	0.46
Französische Schweiz	0.25	0.43
Italienische Schweiz	0.06	0.24
<i>Politische Einstellung</i>		
links	0.17	0.38
Mitte	0.49	0.50
rechts	0.15	0.35
Befürwortung der Erhöhung der Bildungsausgaben	0.65	0.48
Ausländeranteil in der Wohngemeinde	19.70	10.63
Anteil (nicht subventionierter) Privatschulen	3.55	3.41

Tabelle II: Bivariate Statistik: Befürwortung der freien Schulwahl (in Prozent)

	Für staatliche Unterstützung der Privatschulen	Für freie Wahl zwischen öffentlichen Schulen
<i>Geschlecht</i>		
Mann	25.26	59.37
Frau	29.53	68.66
<i>Alter</i>		
25–39 Jahre	23.69	71.06
40–64 Jahre	27.74	61.05
65+ Jahre	30.46	62.39
<i>Haushaltseinkommen</i>		
unter 3'000 CHF	28.50	62.31
3'000–5'000 CHF	30.93	67.93
5'000–7'000 CHF	25.93	63.27
7'000–9'000 CHF	28.40	61.75
über 9'000 CHF	24.91	61.37
<i>Ausbildung</i>		
Sekundarstufe 1	26.08	60.67
Sekundarstufe 2	27.53	65.98
Tertiärstufe (ohne Lehrerausbildung)	29.93	65.24
Lehrerausbildung	16.67	49.23
<i>Kinder</i>		
Kein Kind	25.29	67.65
Kind in der Schule	31.04	66.82
Kind nicht in der Schule	26.23	60.39
<i>Hauseigentum</i>		
Hauseigentümer	28.89	62.27
Mieter	25.31	65.94
<i>Gemeindegrösse</i>		
Ländliche Gemeinde	27.04	61.64
Kleine/mittlere Gemeinde	26.64	62.79
Grosse Gemeinde	28.44	67.62
<i>Sprachregion</i>		
Deutschschweiz	30.32	64.37
Französische Schweiz	18.63	60.76
Italienische Schweiz	29.73	73.45